tungen nach den Resolutionen des Rates und dieser Erklärung seines Präsidenten unverzüglich erfüllt.

Der Rat ermutigt die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, die Bewegung für die Befreiung des Kongo und die Kongolesische Sammlungsbewegung für die Demokratie-Goma, so bald wie möglich und in redlicher Absicht neue Gespräche zu führen, unter Berücksichtigung der in Sun City (Südafrika) erzielten Fortschritte im interkongolesischen Dialog, um eine allumfassende Übereinkunft über den politischen Übergang zu erzielen. In dieser Hinsicht unterstützt der Rat die Anstrengungen des neu ernannten Sonderbotschafters des Generalsekretärs für den interkongolesischen Dialog, Mustapha Niasse."

Auf seiner 4554. Sitzung am 14. Juni 2002 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

"Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Elfter Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2002/621)".

Resolution 1417 (2002) vom 14. Juni 2002

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo, insbesondere die Resolution 1355 (2001) vom 15. Juni 2001,

in Bekräftigung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo und aller anderen Staaten in der Region,

sowie in Bekräftigung dessen, dass alle Staaten verpflichtet sind, die gegen die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen unvereinbare Anwendung von Gewalt zu unterlassen,

ferner in Bekräftigung der Souveränität der Demokratischen Republik Kongo über ihre natürlichen Ressourcen und in dieser Hinsicht mit Interesse dem Bericht der Sachverständigengruppe über die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und anderer Reichtümer der Demokratischen Republik Kongo und über den Zusammenhang zwischen dieser Ausbeutung und dem Andauern des Konflikts entgegensehend,

daran erinnernd, dass es Aufgabe aller Parteien ist, im Hinblick auf die vollständige Dislozierung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zu kooperieren,

in Anerkennung der positiven Rolle des Moderators des interkongolesischen Dialogs und des Präsidenten der Republik Südafrika bei der Führung des interkongolesischen Dialogs in Sun City (Südafrika),

Kenntnis nehmend von dem Gedanken eines Truppen"schleiers", der während der Mission des Sicherheitsrats in das ostafrikanische Zwischenseengebiet aufgeworfen wurde, und den Generalsekretär ermutigend, sofern ihn die Parteien darum ersuchen, die Mission anzuweisen, die Entwicklung dieses Gedankens im Hinblick auf die mögliche Unterstützung seiner Umsetzung zu erleichtern, namentlich durch die Entsendung von Beobachtern,

aner kennend, wie wichtig die Wahlhilfe für den Regierungsübergang in der Demokratischen Republik Kongo ist, und seine Absicht bekundend, sobald eine alle Parteien einschließende Übergangsregierung gebildet wurde, zu prüfen, welche Rolle die inter-

ationale Gemeinschaft, insbesondere die Mission, zur Unterstützung des Wahlvorgangs übernehmen könnte,

unterstreichend, dass die Parteien die Hauptverantwortung für die Lösung des Konflikts tragen,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 5. Juni 2002 und den darin enthaltenen Empfehlungen²²⁴,

feststellend, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bis zum 30. Juni 2003 zu verlängern;

2. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, Personal zu stellen, um die Mission in die Lage zu versetzen, ihre genehmigte Stärke von 5.537 Mitgliedern, einschließlich der Beobachter, innerhalb des in ihrem Einsatzkonzept beschriebenen Zeitplans zu erreichen;

3. *nimmt Kenntnis* von der Empfehlung des Generalsekretärs, die Obergrenze für die Truppenstärke zu erhöhen, und bekundet seine Absicht, die Genehmigung dieser Erhöhung zu prüfen, sobald weitere Fortschritte erzielt und die in Ziffer 12 der Resolution 1376 (2001) vom 9. November 2001 genannten Maßnahmen ergriffen worden sind;

4. *verurteilt* die ethnisch und national motivierten Aufrufe zur Gewalt sowie die Tötungen und Angriffe auf Zivilpersonen und Soldaten im Anschluss an die Ereignisse, die am 14. Mai 2002 und danach in Kisangani stattfanden, sieht dem gemeinsamen Bericht und den Empfehlungen der Mission und des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu den Gewalttätigkeiten in Kisangani mit Interesse entgegen und wiederholt, dass er der Auffassung ist, dass die Kongolesische Sammlungsbewegung für die Demokratie-Goma als De-facto-Autorität dafür verantwortlich ist, alle außergerichtlichen Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen sowie die willkürliche Drangsalierung von Zivilpersonen in Kisangani und allen anderen sich unter der Kontrolle der Kongolesischen Sammlungsbewegung für die Demokratie-Goma befindenden Gebieten zu beenden, und dass er die Entmilitarisierung Kisanganis verlangt;

5. *verurteilt* die Ausnutzung ethnischer Unterschiede zu dem Zweck, zu Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen aufzustacheln oder diese zu verüben, beklagt die humanitären Auswirkungen solcher Übergriffe und bringt in dieser Hinsicht insbesondere seine Besorgnis über die Situation in der Region Ituri und in Südkivu, insbesondere in den Hauts Plateaux, zum Ausdruck und fordert die De-facto-Behörden in den betroffenen Regionen auf, den Schutz der Zivilpersonen und die Herrschaft des Rechts sicherzustellen;

6. *bekundet erneut seine volle Unterstützung* für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und für das gesamte engagierte Personal der Mission, das unter schwierigen Bedingungen arbeitet, verlangt, dass die Kongolesische Sammlungsbewegung für die Demokratie-Goma dem Personal der Mission uneingeschränkten Zugang gewährt, alle Beschränkungen aufhebt und mit der Mission bei der Durchführung ihres Mandats voll kooperiert, und fordert Ruanda nachdrücklich auf, seinen Einfluss geltend zu machen, damit die Kongolesische Sammlungsbewegung für die Demokratie-Goma alle ihre Verpflichtungen unverzüglich erfüllt;

7. *unterstützt*, unter Hinweis auf Ziffer 8 der Resolution 1291 (2000) vom 24. Februar 2000 und Ziffer 19 der Resolution 1341 (2001) vom 22. Februar 2001, die in den Ziffern 25 und 71 des Berichts des Generalsekretärs²²⁴ umrissenen Maßnahmen und bekräftigt das Mandat der Mission, die notwendigen Maßnahmen in den Dislozierungsgebieten ihrer bewaffneten Einheiten zu ergreifen, soweit dies nach ihrem Urteil im Rahmen ihrer Mittel möglich ist,

²²⁴ S/2002/621.

- um das Personal, die Einrichtungen, die Anlagen und die Ausrüstung der Vereinten Nationen und der Gemeinsamen Militärkommission am gleichen Standort zu schützen;
 - um die Sicherheit und Bewegungsfreiheit ihres Personals zu gewährleisten;
 - und um Zivilpersonen, die unmittelbar von körperlicher Gewalttätigkeit bedroht sind, zu schützen;
8. *ersucht* die Mission, die in der Erklärung seines Präsidenten vom 24. Mai 2002²²² gebilligte Dislozierung der zusätzlichen fünfundachtzig Polizeiausbilder nach Kisangani zügig durchzuführen, sobald die Mission zu der Auffassung gelangt, dass die erforderlichen Sicherheitsbedingungen vorliegen;
9. *unterstützt* die Rolle der Mission bei der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats genehmigt, begrüßt ihre Dislozierung nach Kisangani und Kindu, ermutigt sie, im Rahmen ihrer derzeitigen Mittel schnell auf jedes Anzeichen von Interesse an freiwilliger Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung seitens unkontrollierter bewaffneter Gruppen in den östlichen Teilen der Demokratischen Republik Kongo zu reagieren, und fordert volle Zusammenarbeit aller Parteien bei der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung, namentlich der Exkombattanten von Kamina, sowie die Bereitstellung der in Ziffer 12 ii) der Resolution 1376 (2001) genannten notwendigen Informationen für die Planung;
10. *begrüßt* die vom Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo während der Mission des Sicherheitsrats in das ostafrikanische Zwischenseengebiet eingegangenen Verpflichtungen, die in Anhang A Kapitel 9.1 der am 10. Juli 1999 unterzeichneten Waffenruhevereinbarung von Lusaka¹⁸⁸ genannten bewaffneten Gruppen nicht zu unterstützen, sowie betreffend die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda²²⁵ und fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo in dieser Hinsicht nachdrücklich auf, diesen Verpflichtungen uneingeschränkt nachzukommen und dringend alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass ihr Hoheitsgebiet nicht für die Unterstützung dieser bewaffneten Gruppen genutzt wird;
11. *betont*, dass die Verminderung der Zahl der ausländischen bewaffneten Kräfte im Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo ermutigend ist, verlangt im Einklang mit seinen früheren Resolutionen den vollständigen und raschen Abzug aller ausländischen bewaffneten Kräfte, da der Konflikt anderenfalls nicht gelöst werden kann, und wiederholt in dieser Hinsicht, dass im Einklang mit der Waffenruhevereinbarung und den Ratsresolutionen, insbesondere der Resolution 1376 (2001), alle Parteien der Mission die Pläne sowie die entsprechenden Zeitpläne für den vollständigen Abzug ihrer Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo übermitteln müssen;
12. *ermutigt* die Parteien, insbesondere die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und die Regierung Ruandas, die grundlegenden Sicherheitsfragen anzugehen, die den Kern des Konflikts ausmachen, und in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten für weitere vertrauensbildende Maßnahmen zu erkunden, wie beispielsweise den während der Mission des Sicherheitsrats in das ostafrikanische Zwischenseengebiet erörterten Gedanken eines Truppen"schleiers" als eine vorläufige Maßnahme, mit der die Sicherheit der Grenzen in den letzten Phasen des Abzugs gewährleistet werden soll, und ermutigt die Parteien, an ihre anfängliche positive Reaktion anzuknüpfen und diesen Gedanken weiterzuentwickeln;

²²⁵ Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind.

13. *bekundet erneut seine Unterstützung* für den interkongolesischen Dialog und ermutigt die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, die Bewegung für die Befreiung des Kongo und die Kongolesische Sammlungsbewegung für die Demokratie-Goma, unter Berücksichtigung der in Sun City (Südafrika) erzielten Fortschritte im interkongolesischen Dialog so bald wie möglich in gutem Glauben und ohne Vorbedingungen erneut Gespräche zu führen, um mit der Unterstützung aller kongolesischen Parteien des interkongolesischen Dialogs zu einer alle Parteien einschließenden Vereinbarung zu gelangen;

14. *betont*, unter erneutem Hinweis darauf, dass die Kongolesen selbst die Hauptverantwortung für diesen Dialog tragen, die Wichtigkeit einer wesentlichen Rolle der Vereinten Nationen zur Unterstützung dieses Prozesses und unterstützt in dieser Hinsicht die Anstrengungen des neu ernannten Sonderbotschafters des Generalsekretärs für den interkongolesischen Dialog, Mustapha Niasse;

15. *ersucht* alle Parteien und betroffenen Staaten, mit der Sachverständigengruppe für die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und anderer Reichtümer der Demokratischen Republik Kongo und über den Zusammenhang zwischen dieser Ausbeutung und dem Andauern des Konflikts umfassend zusammenzuarbeiten;

16. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat mindestens alle vier Monate über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

17. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 4554. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 12. Juli 2002 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär²²⁶:

"Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 9. Juli 2002 betreffend die Verlängerung des Mandats der Sachverständigengruppe für die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und anderer Reichtümer der Demokratischen Republik Kongo²²⁷ den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von Ihrer Empfehlung Kenntnis, das Mandat der Gruppe bis zum 31. Oktober 2002 zu verlängern, damit sie ihre Arbeit vor Ende Oktober 2002 abschließen kann."

Auf seiner 4583. Sitzung am 23. Juli 2002 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes "Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab²²⁸:

"Der Sicherheitsrat weist auf die Schwere der Ereignisse hin, die am 14. Mai 2002 und unmittelbar danach in Kisangani stattgefunden haben, und dankt dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte für den dem Rat vorgelegten Bericht samt Empfehlungen²²⁹, die an die gemeinsam mit der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo durchgeführte Untersuchung der Ereignisse anknüpfen, auf die der Rat die Aufmerksamkeit des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte gelenkt hatte²²². Er verurteilt erneut mit allem Nachdruck die Tötungen und Angriffe gegen Zivilpersonen, Soldaten und Polizeiangehörige, die am 14. Mai

²²⁶ S/2002/763.

²²⁷ S/2002/762.

²²⁸ S/PRST/2002/22.

²²⁹ S/2002/764.